Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Mitteilung für den SGA am 12.09.2017

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen in Ostwestfalen-Lippe

Die Bezirksregierung Detmold hat die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz am 22.08.2017 genehmigt und am 28.08.2017 im Amtsblatt veröffentlicht.

Mit der Beschlussvorlage 4838/2014-2020 wurde in der Sitzung des SGA am 16.05.2017 dem Rat der Abschluss der o.g. öffentlich-rechtlichen Vereinbarung empfohlen und der Rat hat am 01.06.2017 diesen Beschluss gefasst.

Die Kreistage der beteiligten Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn haben diese Beschlüsse zwischen dem 19.06. und dem 04.07.2017 gefasst. Die Formulierung der Vereinbarung basierte auf der Rechtsform der delegierenden interkommunalen Zusammenarbeit.

Im Genehmigungsverfahren mit der Bezirksregierung wurde von dieser darauf hingewiesen, dass für die gesundheitliche Beratung nach § 10 Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) durch die Aufgabenübertragung auf die unteren Gesundheitsbehörden nach § 2 DurchführungsVO ProstSchG NRW und § 5 Abs. 3 Satz 3 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes NRW nur eine mandatierende Vereinbarung möglich sei.

Der wesentliche Unterschied zur delegierenden Vereinbarung besteht darin, dass die Stadt Bielefeld bei der gesundheitlichen Beratung „nur noch“ die Durchführung/Erledigung der Aufgaben für die beteiligten Kreise übernimmt. Die Stadt Bielefeld wird somit für die jeweiligen Kreise in deren Namen (und nicht im eigenen Namen der Stadt Bielefeld) tätig. Die Verantwortung für die Aufgabe verbleibt, entsprechend der gesetzlichen bzw. durch die Durchführungsverordnung geregelten Zuständigkeit, bei den jeweiligen Kreisen.

Die Formulierung der Vereinbarung wurde entsprechend angepasst und neben wenigen einhergehenden redaktionellen Änderungen eine Regelung zum Datenschutz und zur Haftung aufgenommen.